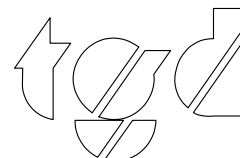


TÜRKISCHE GEMEINDE IN DEUTSCHLAND

Almanya Türk Toplumu



Geschäftsstelle / Merkez

Hospitalstr. 111 »Haus 7« • 22767 Hamburg

☎ 040/380 91 71 • Fax: 040/380 57 28

<http://www.tgd.de> • Mail: info@tgd.de

STELLVERTR. BUNDESVORSITZENDER
GENEL BAŞKAN YARDIMCISI

Kenan Kolat

TBB • Tempelhofer Ufer 21 • 10963 Berlin

☎ 0177 260 31 49 • Fax 030 / 61 30 43 10

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin

Tel.: 030/ 61 30 53 28 Fax: 030/ 61 30 43 10

E-Mail: adnb@tbb-berlin.de <http://www.adnb.de>



Berlin, 07.03.2005

Gemeinsame Pressemitteilung

Weniger Bürokratie auf Kosten der Menschenrechte ist inakzeptabel!

- Gemeinsame Pressemitteilung der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD) und des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin (ADNB) des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg zu den in der Presse geschilderten Forderungen des Bundesinnenministers Otto Schily (SPD).

Die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB kritisieren aufs Schärfste, die nach Pressemitteilungen geforderte Rücknahme des Antidiskriminierungsgesetzes durch den Bundesinnenminister Otto Schily (SPD). Nach Presseinformationen habe Herr Schily in einer Kabinettsitzung am Mittwoch diese Forderung damit begründet, dass dies ein echter Beitrag zum Bürokratieabbau sei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch bereits seit Jahren im Verzug mit der Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien der EU in nationales Recht. Gegen Deutschland wurde bereits von Seiten der EU eine Klage beim Europäischen Gerichtshof eingereicht.

Der Schutz aller Menschen vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht. Dasselbe gilt auch für die Gleichheit vor dem Gesetz. Die Bundesrepublik hat im Jahre 1966 bereits das „internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ unterzeichnet. Art. 3 des Grundgesetzes bekräftigt dies und dennoch werden in der Bundesrepublik Deutschland Menschen jeden Tag zu Opfer von Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen und nicht nur aufgrund ihrer ethnischen oder zugeschriebenen Herkunft, sondern auch aufgrund ihrer Hautfarbe, sexuellen Identität, ihres Geschlechtes, des Alters, ihrer Religionszugehörigkeit, einer Behinderung, der Sprachkompetenz oder ihrer Staatsangehörigkeit. Angesichts der alltäglich stattfindenden Diskriminierung von Menschen ist eine solche Forderung politisch unverantwortlich und entbehrt jeder Realitätsnähe.

Gestern hatte das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB eine ausführliche Stellungnahme zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf (ADG-E) der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht nur bei dem vorgesehen Antidiskriminierungsgesetz fest zuhalten, sondern darüber hinaus Nachbesserungen vorzunehmen.

Weder die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) noch das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB) des TBB hat Verständnis für Forderungen, wie von Innenminister Schily nach Pressemitteilungen verlangt, die auf Kosten der Menschenrechte und der Bürger dieses Landes gehen. Es besteht nicht nur Nachbesserungsbedarf, sondern auch erheblicher Handlungsbedarf! Es ist ein Gebot der Demokratie, dass jeder Mensch die gleichen Chancen und Möglichkeiten hat, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren und dass niemand aufgrund von Vorurteilen oder etablierten Strukturen benachteiligt und ausgegrenzt wird.

Kenan Kolat
(Stellv. Bundesvorsitzender der TGD)

Florencio Chicote
(Projektkoordinator – ADNB des TBB)

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 3326901

Das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin – ADNB - ist ein Projekt des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg.

Der Türkische Bund ist wegen Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens vom Finanzamt für Körperschaften förderungswürdig und gemeinnützig anerkannt.